

## Kein Anschluss für Handyparagraf

Darf die Polizei Handys durchsuchen? Kommission muss bei umstrittenem Gesetz nochmals über die Bücher.

Christian Kamm

Seit der Thurgauer Grosse Rat in erster Lesung mit knapper Mehrheit beschlossen hat, die Polizei ohne konkrete Hinweise Handys und Hotelzimmer durchsuchen zu lassen, ist bei der Beratung des neuen kantonalen Polizeigesetzes Feuer im Dach. Die Kritiker sprechen von einem «Schnüffelstaat Thurgau», der Einzug halte.

Schon vor drei Wochen, anlässlich der letzten Grossratsitzung, hatte sich abgezeichnet, wie es in der Angelegenheit des mutmasslichen «Schnüffelstaats» weitergehen würde: Ball zurück ins Feld der vorberatenden Kommission. Diese soll sich nochmals mit den drei umstrittenen Paragrafen beschäftigen und versuchen, sie «bundesrechtskonform» auszugestalten. An der Sitzung vom Mittwoch hat das Parlament anlässlich der zweiten Lesung diese Rückweisung mit 125 Stimmen beschlossen, ohne Gegenstimme und Enthaltung.

### Den Stein der Weisen finden

Der Antrag stammte aus den Reihen der SVP-Fraktion. Das ist nicht ohne Symbolik beziehungsweise Ironie. Denn es war mit Kantonsrat Pascal Schmid (Weinfelden) ein Mitglied ebendieser SVP-Fraktion, der zusammen mit Mitte-Kantonsrat Franz Eugster (Bischofszell) eine knappe Ratsmehrheit dafür gewinnen konnte, den Handyparagrafen in leicht modifizierter Form wieder ins Gesetz zu schreiben. Nachdem die ursprüngliche Fassung der Regierung von der vorberatenden Kommission – notabene ein-



Fingierte Handykontrolle: Demonstranten machten vor dem Rathaus Frauenfeld auf umstrittene Paragrafen im neuen Thurgauer Polizeigesetz aufmerksam. Bild: Andrea Tina Stalder

stimmig – herausgestrichen worden war. Nun also ist es wiederum an der vorberatenden Kommission, doch noch den Stein der Weisen in dieser Angelegenheit zu finden.

### Nicht glücklich, aber trotzdem dafür

Am schwersten tat sich die FDP-Fraktion mit dem Rückweisungsentscheid. «Wir sind nicht glücklich, stimmen aber trotzdem zu», sagte Fraktionschef Anders Stokholm (Frauenfeld). Die Freisinnigen haben in den

vergangenen Wochen am deutlichsten Stellung gegen die umstrittenen Paragrafen bezogen. Und mit einem aus eigener Initiative in Auftrag gegebenen Kurzgutachten auch fundiert auf eine fehlende Vereinbarkeit mit dem Bundesrecht verwiesen.

Das stiess auch am Mittwoch SVP-Sprecherin Aline Indergand (Altnau) nochmals sauer auf. Es sei nicht Aufgabe einer Fraktion, Rechtsgutachten in Auftrag zu geben, noch weniger, damit Entscheide des Grossen Rats beeinflussen zu wollen,

kritisierte Indergand. Stokholm kontierte, dass es exakt diesem Gutachten zu verdanken sei, «dass wir jetzt überhaupt an diesem Punkt sind».

Von den meisten anderen Fraktionen gab es Dank oder zumindest Anerkennung für das Vorgehen der FDP. Und sämtliche Fraktionssprecherinnen und -sprecher plädierten in der Folge für Rückweisung an die vorberatende Kommission. Mit «sehr kleinen Erwartungen» (Anders Stokholm) bis hin zur Überzeugung, dass es «an der

Zeit ist, dass der Grosse Rat dieses Geschäft wieder übernimmt» und nicht den Medien überlässt, das Gesetz zu beraten (Iwan Wüst, EDU Tuttwil).

Es gehe es um Grundsätzliches, betonte Sandra Reinhart (Amriswil), Fraktionschefin der Grünen: Wie viel Schutz die Bürger vor dem Staat brauchen würden beziehungsweise wie viel Schutz der Staat umgekehrt vor den Bürgern. «Das sind offene Fragen, denen die Kommission bis anhin zu wenig Beachtung geschenkt hat.»

### Kommentar

## Mal wieder Orwell lesen

Der Grosse Rat hat das Polizeigesetz zur Überarbeitung an die zuständige Kommission zurückgeschickt. Das ist die Chance, dem Thurgau die Blamage zu ersparen, in die sein Parlament ihn um ein Haar geritten hätte.

Konkret: Die umstrittenen Durchsuchungskompetenzen für Liegenschaften und mobile Geräte müssen aus dem Polizeigesetz gestrichen werden. Und es reicht nicht, irgendwelche Kompromisse oder schwammige Formulierungen einzubauen. Die Polizei braucht deutliche Grenzen – auch zu ihrem eigenen Wohl. Es geht hier nicht darum, ob man unseren Polizistinnen und Polizisten Augenmass und gesunden Menschenverstand zutraut. Mit diesem Argument könnte man der Polizei gleich alle Kompetenzen einräumen.

Das wollen wir eben nicht. Wir wollen den unbescholtenen Bürger vor dem Staat schützen. Ebenso wenig, wie wir wollen, dass die Polizei ohne Durchsuchungsbefehl unser Haus betreten kann, so wollen wir auch nicht, dass sie ohne begründeten Verdacht unser Mobiltelefon oder ein Hotelzimmer untersuchen darf. Auch wenn die meisten von uns nichts zu verbergen haben, die Privatsphäre ist heilig.

Eine Mehrheit im Grossen Rat ist bisher sehr leichtfertig mit diesem Grundrecht umgegangen. Es ist zu hoffen, dass nicht nur das übergeordnete Bundesrecht zur Einsicht führt, sondern dass auch die Sensibilität für die Privatsphäre der Menschen wächst. Wo diese fehlt, müsste vielleicht mal wieder George Orwells «1984», der Roman über einen Überwachungsstaat, als Pflichtlektüre verordnet werden, bevor das Gesetz ins Parlament zurückkommt.

Es besteht nun die Möglichkeit, die Fehler auszumerzen und dabei einigermassen das Gesicht zu wahren. Hoffentlich wird diese genutzt.



David Angst david.angst@chmedia.ch

## Kantonsräte gönnen sich keine Stellvertreter

Eine FDP-Kantonsrätin warb vergeblich für eine zukunftsfähige Lösung.

Thomas Wunderlin

In mehreren Kantonsparlamenten können Stellvertreter befristet nachrücken, wenn der Amtsinhaber längere Zeit ausfällt. Im Thurgau wird das weiterhin nicht möglich sein. Der Grosse Rat hat eine Motion am Mittwoch mit 79 Nein zu 38 Ja bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Mit dem Ausruf «Was für ein Chnorz, warum so kompliziert?» wollte Cornelia Zecchin (FDP, Kreuzlingen) die Bedenken vom Tisch wischen. Eine Stellvertreterlösung sei zukunftsfähig. Die Kandidatensuche würde erleichtert, da ein längerer Auslandsaufenthalt durch ein Grossratsmandat nicht unmöglich werde. Brigitte Kaufmann (FDP, Uttwil) zeigte sich überzeugt, dass die Idee dereinst umgesetzt werde. Laut Ueli Keller (GP, Bischofszell, Jahrgang 1990) würde eine Stellvertreterlösung der Dominanz der älteren Männer im

Grossen Rat entgegenwirken. «Die jüngere Generation hat ein gespaltenes Verhältnis zu Verbindlichkeit», entgegnete Bruno Lüscher (FDP, Aadorf, Jahrgang 1951). Die Grossratsitzungen fänden ausnahmslos ausserhalb der schulfreien Zeit statt. Vorzeitige Rücktritte würden durch eine Stellvertreterlösung nicht verhindert; diese erfolgten zu über 90 Prozent aus wahltaktischen Gründen. Die SVP lehne die Motion ab, sagte Priska Peter (SVP, Münchwilen). In Anspielung auf den ehemaligen Fraktionskollegen Marcel Schenker fügte sie an: «Die SVP weiss sehr gut, was es heisst, wenn ein gewähltes Mitglied während einer Legislatur fehlt.»

Laut Christian Mader (EDU, Frauenfeld) wird das Hauptanliegen der Motion auf eidgenössischer Ebene gelöst: Die Ausübung eines Parlamentsmandats soll nicht mehr zum Wegfall der Mutterschaftsentschädigung führen.

## Kita-Gutscheine für Eltern

Der Thurgauer Grosse Rat überweist eine Motion zur Einführung von Betreuungsgutschriften für Kindertagesstätten.

Thomas Wunderlin

Mit 102 Ja gegen 14 Nein bei 2 Enthaltungen hat der Thurgauer Grosse Rat eine Motion zur Einführung von Betreuungsgutschriften für Kindertagesstätten (Kita) für erheblich erklärt. Wenn der Regierungsrat die Botschaft ausgearbeitet hat, wird der Grosse Rat nochmals über alle Details diskutieren können, stellte Erziehungsdirektorin Monika Knill (SVP) in Aussicht. Dann sollte auch klar sein, wie die geplante familienergänzende Kinderbetreuung des Bundes aussieht.

Kanton und Gemeinden sollen Eltern Gutscheine abgeben, um eine Kita ihrer Wahl zu bezahlen. Diese Form der Unterstützung wird als subjektorientiert bezeichnet – im Unterschied zur objektorientierten Unterstützung, die beispielsweise direkt an eine Kita geht. Das lückenhafte Angebot an familien- und schulergänzender Kin-

derbetreuung soll so verbessert werden. Damit werde eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht, fand Elinna Müller (SP, Kreuzlingen). Eine erhöhte Erwerbstätigkeit von Müttern in Zeiten des Fachkräftemangels sei wünschenswert, sagte Pascal Schmid (SVP, Weinfelden). Die Familien sollten ihre Rollenteilung frei wählen dürfen.

Um Gutscheine zu erhalten, müssen Eltern einen Bedarf nachweisen. Dabei besteht ein



Die Mitmotionärin Kristiane Vietze (FDP, Frauenfeld). Bild: Andrea Tina Stalder

grosser Spielraum etwa bezüglich Einkommen, Arbeitspensum und zum Betreuungstarif. Bezüglich Tarifen spricht sich der Regierungsrat zum Bedauern von Mitmotionärin Kristiane Vietze (FDP, Frauenfeld) dagegen aus, den Kitas eine Obergrenze zu setzen, da dies den Markt verzerre. Braunau setze das System im Rahmen der Regio Wil bereits um, sagte Mitmotionär David Zimmermann (SVP, Braunau). «Überrannt wird man nicht – so viel zur Beruhigung.»

Kinder sollen fremde Leute nicht häufiger sehen als ihre Eltern, forderte Marcel Wittwer (EDU, Schocherswil). Mit der Motion werde eine Forderung des Kommunistischen Manifests von Karl Marx umgesetzt: die öffentliche unentgeltliche Erziehung der Kinder. Reto Ammann (GLP, Kreuzlingen) möchte in einem nächsten Schritt die subjektorientierte Unterstützung auch bei Schulen prüfen.

### ANZEIGE

BZW Weinfelden HFW Thurgau

**Mein Ziel: Dipl. Betriebswirtschaftlicher HF**

Weiterkommen – mit oder ohne Matura

Infoabend 28.6. weiterkommen.ch/hfw